



Europamanifest

der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)
Madrid, Dezember 2008

Der Mensch im Mittelpunkt

Eine neue Richtung für Europa

Die Wählerinnen und Wähler Europas stehen bei diesen Europawahlen vor einer grundlegenden politischen Entscheidung.

Jetzt, da die Menschen in ganz Europa vor beispiellosen Herausforderungen stehen – Rezession und Anstieg der Arbeitslosigkeit als Folge der globalen Finanzkrise, Verteuerung der Lebensmittel und Treibstoffe, Rückgang der Kaufkraft und Zunahme des Armutsrisikos, Klimawandel und Bedrohung der Sicherheit durch Terrorismus und Kriminalität – haben sie die Wahl zwischen Parteien mit deutlich unterschiedlichen Vorstellungen von der Zukunft der Europäischen Union.

Sie haben die Wahl zwischen unserer Vision eines progressiven Europas, in dem Bürgerinnen und Bürger, Mitgliedsstaaten und Institutionen zusammenarbeiten, um eine Lösung für die dringlichsten Anliegen der Menschen Europas zu finden, und einem konservativen Europa, in dem die Zukunft unserer Länder und ihrer Bevölkerung dem Markt überlassen bleibt.

Die Sozialdemokratische Partei Europas setzt sich für eine gerechtere und sicherere Gesellschaft ein, die sich den aktuellen Herausforderungen stellt und dabei den Menschen in den Mittelpunkt rückt.

In der heutigen, immer stärker vernetzten Welt kann kein Land globale Probleme im Alleingang lösen. Die Finanzkrise und die daraus resultierende Rezession führen uns unübersehbar vor Augen, dass sich Ereignisse in einem Teil der Welt auch bei uns verheerend auswirken können. Gemeinsames europäisches Handeln ist für die Bewältigung der Finanzkrise unerlässlich. Rückschrittliche Gegner Europas und der EU hätten unsere Länder in einer schwächeren Position der Finanzkrise ausgeliefert, ohne Partner und Institutionen für die Entwicklung eines koordinierten europäischen Vorgehens.

Im Zeitalter der Globalisierung ist die Europäische Union für uns ein lebensnotwendiges Bindeglied. Unsere Länder verfügen damit über eine stärkere Basis, um globale Probleme und deren regionale Auswirkungen zu lösen. Wir müssen in Europa aktiver zusammenarbeiten, um die gemeinsamen Herausforderungen anzugehen und das Leben der Menschen zu verbessern. Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, der noch nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert ist, würde Europa erlauben, gemeinsame Herausforderungen demokratisch, transparent und effektiv zu lösen.

Vor dreißig Jahren fanden die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Dieses Parlament hat eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung unserer Vision einer Europäischen Union, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Die Sozialdemokratische Partei Europas ist die Stimme der Menschen in Europa; sie verteidigt ihre Interessen und Anliegen. Unsere Reformprioritäten sind:

1. **Die Wirtschaft neu beleben und zukünftige Finanzkrisen verhindern**
2. **Ein Neues Soziales Europa: Mehr Gerechtigkeit für die Menschen**
3. **Eine Vorreiterrolle Europas im globalen Kampf gegen den Klimawandel**
4. **Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Europa**
5. **Eine effektive Europäische Migrationspolitik**
6. **Eine stärkere Rolle Europas als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung**

Unsere sozialdemokratischen Parteien in regionaler und nationaler Regierungsverantwortung haben im Leben der Menschen bereits Vieles positiv verändert. Dort wo linke Parteien an der Macht sind, zeigt sich, was Sozialisten und Sozialdemokraten erreichen können.

In den letzten fünf Jahren hatten die Konservativen sowohl in den meisten EU-Mitgliedstaaten als auch in den EU-Institutionen eine Mehrheit. Wozu haben sie diese Mehrheit genutzt? Haben sie die globale Finanzkrise verhindert? Haben sie wachsende Preise für Lebensmittel und Energie thematisiert? Haben sie Armut und Ungleichheit bekämpft? Ist die Gesellschaft heute gerechter als vor fünf Jahren? Haben sie unsere Initiativen für mehr und bessere Arbeitsplätze unterstützt? *Sie folgen den Vorgaben des Marktes. Wir folgen unseren Überzeugungen.*

Die Konservativen sprechen oft von ökonomischen und sozialen Krisen als etwas Unvermeidbarem, als seien sie ein Naturgesetz. Krisen sind jedoch nicht unvermeidlich, wenn die richtigen politischen Entscheidungen getroffen werden. Zwar leben wir in einer Zeit globaler Veränderungen und Risiken, doch es ist auch eine Zeit enormer Chancen. Wir müssen die Zusammenarbeit in Europa verbessern, um die Globalisierung zum Nutzen aller zu gestalten. *Die Konservativen reden von Anpassung an den Markt. Wir wollen unsere Zukunft gestalten.*

Wir brauchen in Europa eine starke sozialdemokratische Mehrheit, um zukunftsgerichtete Reformen durchzusetzen, die auch zukünftig das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in Europa sichern. Diese Reformen sind unverzichtbar, um insbesondere die Menschen in Europa zu entlasten, die täglich um ihre Existenz kämpfen – angesichts von Rezession, der Verteuerung der Lebenshaltungskosten, wachsender Arbeitslosigkeit bei europaweit bereits knapp 17 Millionen Arbeitslosen und noch weitaus mehr Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, die als erste unter dem Einbruch des Wirtschaftswachstums leiden, angesichts drohender Zwangsenteignungen von Wohneigentum, sozialer Ungerechtigkeit und etwa 78 Millionen Menschen, darunter viele Kinder, die unterhalb der Armutsgrenze leben oder vom Armutsrisiko bedroht sind.

Die globale Finanzkrise hat die Schwächen eines unkontrollierten Marktes enthüllt. Wir befinden uns in der globalen Wirtschaft in einer schwierigen Zeit. Im vergangenen Jahr haben wir zwei bislang einmalige Erschütterungen erlebt – die schlimmste Kreditrestriktion seit den 1930er Jahren und einen Rekordanstieg der Energie- und Lebensmittelpreise. In Europa und der Welt insgesamt ist eine aktive Zusammenarbeit und Koordination von Gegenmaßnahmen erforderlich, um die Probleme der nationalen und internationalen Finanzsysteme zu lösen. Wir müssen im Voraus Maßnahmen treffen, um durch Investitionen in zentralen Bereichen die Wirtschaft in Europa umzugestalten und eine nachhaltige Zukunft und Wohlstand für alle in Europa zu gewährleisten.

Die Konservativen verfolgen eine Politik des blinden Vertrauens in den Markt, der allein den Interessen einer globalen Finanzelite dient. Heute sehen wir den Schaden, den unkontrollierte Märkte verursachen. Wir wissen aber, dass wir etwas ändern können. Wir können die Wirtschaft Europas neu beleben und eine gerechtere und sicherere Gesellschaft für alle in einem Neuen Sozialen Europa aufbauen.

Unsere umfassende progressive Reform-Agenda zur Stärkung europäischer Zusammenarbeit – aufbauend auf unseren Werten der Gleichheit, Demokratie, Menschenwürde, Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit – macht den Wandel möglich, den die Menschen in Europa so dringend brauchen.

Wir Sozialisten, Sozialdemokraten und progressive Demokraten teilen gemeinsame Werte und haben eine gemeinsame Vision. Wir werden gemeinsam für ein gerechteres, sichereres und umweltfreundlicheres Europa eintreten. Gemeinsam können wir den Wandel erreichen.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

Die Herausforderungen

Europa ist eine der wohlhabendsten Regionen der Welt. Gelegentlich wird argumentiert, dass wir uns hohe Sozialstandards nicht mehr leisten können. Doch Europa ist der größte gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarkt der Welt und wir müssen sicherstellen, dass er den Menschen und den Unternehmen dient.

Alle Bürgerinnen und Bürger Europas sollten qualitativ gute Arbeitsplätze haben, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Wir müssen Unternehmen beim Wachstum unterstützen und in mehr und bessere Arbeitsplätze und neue Technologien investieren. Wir teilen nicht die Auffassung der Konservativen, dass Arbeits- und Gewerkschaftsrechte Kostenfaktoren sind, die so weit wie möglich vernachlässigt oder abgebaut werden müssen. Ganz im Gegenteil: Sie sind eine unerlässliche Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, da sie zu einer höheren Motivation am Arbeitsplatz, besserer Qualität der Beschäftigung und zu gesellschaftlicher Harmonie sowie Teilhabe an den Unternehmen beitragen. *Die Konservativen behaupten, die Globalisierung erfordere, länger und härter zu arbeiten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen jedoch, dass dies keine unvermeidliche Folge der Globalisierung ist – es ist eine Folge schlechter Politik. Es geht nicht darum, härter zu arbeiten, sondern intelligenter.*

Die globale Finanzkrise und die wirtschaftliche Rezession setzen den Menschen schwer zu. Es hat sich gezeigt, dass unregulierte globale Märkte direkt unser Leben beeinflussen können – die Kluft zwischen überbezahlten Führungskräften und unterbezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist immer weiter gewachsen und das Risiko, Arbeitsplatz oder Wohnung zu verlieren, hat zugenommen. Wir müssen handeln, um denen wieder aufzuhelfen, die es am härtesten getroffen hat. Wir müssen künftige Finanzkrisen verhindern, indem für alle Finanzmarktteilnehmer bessere Regeln aufgestellt werden. Diese Krise markiert das Ende einer konservativen Ära schlecht kontrollierter Märkte. Wir glauben an die Solidarität zwischen den Generationen und nicht an den von den Neoliberalen propagierten Individualismus. *Die Konservativen glauben an eine vom Markt beherrschte Gesellschaft und lassen die Reichen zum Nachteil aller anderen immer reicher werden. Wir glauben an eine Gesellschaft der sozialen Marktwirtschaft, die es jedem ihrer Mitglieder ermöglicht, die Chancen der Globalisierung bestmöglich zu nutzen.*

Der Klimawandel ist langfristig die größte Gefahr für die Welt. Als globales Problem erfordert er eine globale Lösung. *Die Konservativen reden über den Klimawandel, wir aber glauben, dass mehr getan werden muss als zu reden. Wir wollen durch konkrete und realistische Maßnahmen für umweltfreundliches, intelligentes Wachstum und Beschäftigung den Schutz der Umwelt und die Modernisierung unserer Wirtschaft voranbringen.*

Die Versorgung mit Energie ist zu einer fundamentalen Sicherheitsfrage für Europa geworden. Bereits heute importieren wir 50% unserer Energie, und die Importe könnten bis 2030 auf 70% steigen. Wir müssen in Europa zusammenarbeiten, um unsere Unabhängigkeit in der Energieversorgung durch die Entwicklung umweltfreundlicher und in Europa produzierter Energieträger zu erhöhen. *Die Konservativen wollen so weitermachen wie bisher und alles dem Markt überlassen. Einige Konservative bestreiten den Klimawandel sogar, wobei sie überzeugende wissenschaftliche Beweise ignorieren und angesichts der existentiellen Bedrohung unseres Planeten und seiner Bewohner unverantwortlich handeln. Wir setzen uns dagegen für eine Vorreiterrolle Europas im globalen Zusammenwirken gegen den Klimawandel ein.*

Die derzeitige Migrationspolitik der EU muss verbessert und vor allem umfassender werden. Die Migration hat uns unbestreitbare Vorteile gebracht und zu unserem Reichtum und Wohlstand beigetragen. Um sicherzustellen, dass wir weiterhin die Vorzüge einer produktiven, blühenden und multikulturellen Gesellschaft genießen können, werden wir uns dafür einsetzen, die illegale Einwanderung zu beenden und den Menschenhandel zu bekämpfen. Legale Zuwanderer müssen die gleichen Rechte und Pflichten haben wie andere Arbeitnehmer. Asyl ist ein grundlegendes Menschenrecht für alle, die vor Verfolgung fliehen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ein starkes und gerechtes Asylrechtssystem die Schwachen und Ausgebeuteten schützt und nicht missbraucht werden kann. Auch der Klimawandel wird neue Migrationsströme aus den ärmsten betroffenen Regionen auslösen, eine Frage, der wir uns stellen müssen. Wir müssen Einwanderern ermöglichen,

sich zu ihrem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gemeinschaft, in der sie leben, zu integrieren. *Die Konservativen haben auf den Faktor Angst gesetzt. Wir wollen menschliche Antworten auf die Herausforderungen der legalen und illegalen Migration finden.*

Die Gefahren für die Demokratie und die Bürgerrechte sind nicht verschwunden. Terrorismus, Kriminalität und Extremismus machen vor den europäischen Grenzen nicht Halt. Wir müssen europäische Maßnahmen vortragen, um zu verhindern, dass diese Entwicklungen Leben und Freiheit der innerhalb unserer Grenzen lebenden Bürger bedrohen. Die Grundfreiheiten wie Meinungsfreiheit und Datenschutz dürfen dabei aber nicht beschnitten werden. Die EU muss zudem auch außerhalb ihrer Grenzen aktiv Frieden und Entwicklung fördern. Dies stärkt unsere eigene Sicherheit und nützt den Menschen in ärmeren Ländern. Durch gemeinsames Handeln in der EU stärken die Mitgliedstaaten ihre Stimme und ihren Einfluss in der Welt. *Die Konservativen reden über die Prinzipien der Demokratie, über Bürgerrechte, Sicherheit und Entwicklung. Wir unternehmen alle Anstrengungen, diese Prinzipien Wirklichkeit werden zu lassen.*

Durch gemeinschaftliches Handeln in Europa sind wir stärker:

- Wir sind der erfolgreichste Wirtschaftsraum der Welt – deshalb können wir mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen und die Armut abbauen, indem wir miteinander auf der Grundlage gemeinsamer Normen wirtschaften.
- Die Herausforderungen des Umweltschutzes machen nicht an den nationalen Grenzen halt - daher kann der Klimawandel und seine Folgen nur bekämpft werden, wenn wir gemeinsam für dieselben Ziele arbeiten.
- Wir können Solidarität und Zusammenhalt fördern, die Eckpunkte des europäischen Projekts, von dem wir alle profitieren. Arbeitnehmerfreizügigkeit soll allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Freiheiten und Chancen bieten sowie auch den Volkswirtschaften zu Gute kommen, in denen die Arbeitnehmer tätig sind. Zugleich gilt es, insbesondere Regionen mit geringerem Wohlstandsniveau vor der Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften zu schützen. Arbeitnehmerfreizügigkeit darf niemals zu geringeren sozialen Standards und Lohnkürzungen führen, in der Weise, dass sich ein Mitgliedstaat Wettbewerbsvorteile auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verschaffen sucht.
- Zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus sollte die europäische Zusammenarbeit unserer Polizeikräfte und Justiz gestärkt werden.

Wir wollen ein starkes und fortschrittliches Europa. Unser Manifest für die Menschen in einem fortschrittlichen Europa legt dar, welche Politik erforderlich ist, um dieses Ziel zu erreichen und die vor uns liegenden Herausforderungen in Fortschritt für alle umzuwandeln.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

Die Vorschläge

1. Die Wirtschaft neu beleben und zukünftige Finanzkrisen verhindern

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise trifft unsere Wirtschaft und die Menschen in ganz Europa hart. Die realen Löhne und die Kaufkraft der Menschen werden untergraben. Wir werden nicht abseits stehen und diesen Entwicklungen tatenlos zusehen. Im Zusammenhang mit der globalen Finanzmarktkrise hat der Euro eine überaus wirkungsvolle Rolle beim Schutz der europäischen Volkswirtschaften gespielt. Nun gilt es, gleichzeitig und abgestimmt weitere Schritte zu unternehmen, um die Finanzmärkte zu reformieren, der Rezession entgegenzuwirken und der Wirtschaft neue Impulse zu geben, damit Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Gefahr eines Klimawandels mit verheerenden Folgen wächst ebenfalls: Wenn wir nicht sofort handeln, wird der Planet noch weiter geschädigt und unser Leben unmittelbar beeinträchtigt. Wir sind überzeugt, dass im Kampf gegen den Klimawandel eine Umgestaltung der europäischen Wirtschaft und ein neues, intelligentes und umweltfreundliches Wachstum mit Arbeitsplätzen und Wohlstand für alle Bürger Europas erreicht werden können. Wir halten an den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung, beruhend auf der Einheit von wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Entwicklung, fest.

Die EU ist der größte Wirtschafts- und Arbeitsmarkt in der Welt. Durch Zusammenarbeit werden wir uns in eine stärkere Position bringen, um mit unserem Plan für intelligentes, umweltfreundliches Wachstum der Wirtschaft in Europa neue Dynamik zu verleihen und für Beschäftigung zu sorgen. Gewerkschaften und Arbeitgeberern kommt hierbei in ganz Europa eine wichtige Rolle zu.

Die Menschen müssen bei der Bewältigung des Strukturwandels unserer Volkswirtschaften unterstützt werden. Es ist notwendig, dass unsere Bürgerinnen und Bürger – gleich welchen Alters – in die Lage versetzt werden, einen neuen und besseren Arbeitsplatz zu finden und auch im Ausland zu arbeiten und zu studieren. Wir glauben, dass Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene darauf ausgerichtet werden müssen, die Menschen beim Übergang und der Erschließung neuer und besserer Chancen zu unterstützen.

Der europäische Haushalt muss auf intelligentes, umweltfreundliches Wachstum und die Bewältigung von künftigen Herausforderungen ausgerichtet sein. Als ein Haushalt der Solidarität sollte er zur Verbesserung des Lebensstandards, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des Wachstums in ganz Europa sowie zur Unterstützung der wirtschaftlichen Konvergenz der am wenigsten entwickelten EU-Regionen beitragen, nicht zuletzt in den neuen EU-Mitgliedsstaaten.

Reform der Finanzmärkte im Dienste der Realwirtschaft, der Arbeitsplätze und des zukünftigen Wachstums:

Die Tumulte auf den Finanzmärkten haben die große Bedeutung europäischer Zusammenarbeit für die Verhinderung eines Zusammenbruchs des Bankensystems und zur Stabilisierung der Märkte gezeigt. Gemeinsame Maßnahmen in der EU haben dazu beigetragen, die Ersparnisse der Menschen, ihre Renten und Wohnungen zu schützen. Aber die Finanzkrise hat auch tief sitzende Mängel im Marktsystem offenbart. Sie müssen in Angriff genommen werden, um das erneute Auftreten einer Krise zu verhindern. Alle Akteure auf den Finanzmärkten müssen sich an klare Regeln halten, wenn sie in unseren Ländern wirtschaften.

1. Aufbauend auf bereits in der EU und auf globaler Ebene geführte Gespräche schlagen wir vor, die Finanzmärkte zu reformieren. Diese Regulierung muss alle Finanzakteure umfassen. Wir benötigen einen neuen Standard für Transparenz und Offenlegungspflichten. Es muss strenge Kapitalauflagen für alle Finanzakteure und Einschränkungen für übermäßige Kreditaufnahme sowie für faule Darlehen geben, um eine überhöhte Risikoübernahme und Verschuldung zu verhindern. Auch Gehälter und Bonuszahlungen für Topmanager müssen begrenzt werden, sodass die Einkünfte sowohl die Verluste als auch die Gewinne

widerspiegeln. Es bedarf neuer Regeln, um Interessenkonflikte zu verhindern. Wir müssen sicherstellen, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen von Übernahmen umfassende Auskunfts- und Konsultationsrechte eingeräumt werden und dass Menschen, die in einen Rentenfonds einzahlen, erfahren, wo und wie ihr Geld investiert wird. Darüber hinaus muss das europäische Aufsichtssystem weiter verbessert werden. Finanzinstitute sollten alle Risiken in ihren Bilanzen eindeutig ausweisen müssen. Schädliche Leerverkäufe haben die Krise verschlimmert und sollten durch die Aufsichtsbehörden beschränkt werden. Hedgefonds und Private-Equity-Fonds müssen effektiver überwacht und reguliert werden. Entscheidend hierfür sind Verpflichtungen zur Offenlegung von Vermögens- und Eigentumsstrukturen, strengere Auflagen bei der Auskunft über Risiken gegenüber Investoren, die Einschränkung übermäßiger Schuldenfinanzierung sowie Einschränkungen bei den Investitionen.

2. Wir fordern, Steuerparadiese abzuschaffen. Steuerbetrug und Steuerflucht müssen unterbunden werden. Es gilt auch den Kampf gegen Geldwäsche in Europa und weltweit zu verstärken. Alle Marktteilnehmer sollen ihren gerechten Steueranteil an die Länder zahlen, in denen sie tätig sind.
3. Wir wollen mit unseren Partnern in der Welt zusammenarbeiten, um die globalen Finanzstrukturen zu reformieren und die Macht der Finanzinstitutionen der demokratischen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen.

Eine europäische Strategie für intelligentes, umweltfreundliches Wachstum und Arbeitsplätze:

Wir schlagen eine europäische Strategie für intelligentes, umweltfreundliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor, durch die bis 2020 zehn Millionen neue Arbeitsplätze – zwei Millionen allein im Bereich der erneuerbaren Energieträger – entstehen werden. Die Strategie wird dazu beitragen, Europa zum weltweiten Marktführer für Innovation und neue, umweltfreundliche Technologien und Produkte zu machen. Dies entspricht der Lissabon-Strategie der EU, die die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen will, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen. In der EU sollten alle Regierungsebenen zusammenarbeiten, um intelligentes, umweltfreundliches Wachstum zu fördern, insbesondere durch Strukturreformen und fiskalpolitische Maßnahmen. Von der EU finanzierte Investitionsprojekte sollten schnellstmöglich umgesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen. Folgende Vorschläge sind wesentliche Elemente unserer Strategie:

4. Das Verkehrswesen Europas soll zu einem höchst effizienten, finanziell tragbaren und sauberem System für die Menschen und Unternehmen umgestaltet werden. Dazu gehört die Schaffung eines konkurrenzfähigen und finanziell tragbaren Hochgeschwindigkeitsschienennetzes zwischen den größeren europäischen Städten und den Regionen. Besonderes Augenmerk ist auf die Interoperabilität von Eisenbahn und anderen Transportmitteln zu legen. Dazu gehören weiterhin auch die Verkürzung der Flugstrecken durch einen neuen, integrierten Luftraum, ein umweltfreundliches und effizientes Verkehrssystem auf den See- und Binnenwasserwegen, die für Arbeitnehmer und Passagiere sicherer gemacht werden müssen, sowie die Umgestaltung unserer städtischen Nahverkehrssysteme. Sozialdemokratische Bürgermeister weisen den Weg mit ihrem neuen Manifest 2008 für städtische Mobilität: mit neuen Systemen, bei denen Zeit und Kosten gespart werden und eine geringere Umweltbelastung erreicht wird. Wir schlagen eine europäische Kooperation zum Austausch bewährter Praktiken und zur Förderung einer nachhaltigen städtischen Mobilität in ganz Europa vor. Wir werden weiterhin daran arbeiten, die Sicherheit bei allen Beförderungsarten zu verbessern.
5. Wir setzen uns für eine europäische Initiative zum Ausbau und zur Modernisierung der Energie- und Breitbandinfrastruktur in Europa ein. Offshore-Windparks beispielsweise benötigen neue, grenzenüberschreitende Stromnetze. Die Entwicklung des ländlichen Raums wiederum hängt entscheidend vom Zugang zu Breitbandangeboten überall in Europa ab. In ganz Europa sind milliardenschwere Investitionen in die Netzentwicklung erforderlich. Die

Europäische Investitionsbank ist bereits an der Finanzierung der Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur beteiligt, könnte aber ihr Engagement weiter steigern. Auch ist ein verstärkter Einsatz der Europäischen Strukturfonds für diese Zukunftsinvestitionen in Betracht zu ziehen.

6. Energieeffizienz ermöglicht es, die Energiekosten der Menschen zu senken und neue Arbeitsplätze zum Beispiel bei der Gebäudeisolierung zu schaffen. Wir schlagen eine aktive Zusammenarbeit zwischen der EU, den Regierungen sowie den regionalen und kommunalen Behörden vor, um die Menschen bei der Bewältigung der steigenden Kraftstoffpreise zu unterstützen. Dabei geht es darum, den Energieverbrauch zu senken, Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz in Privatwohnungen zu finanzieren und eine faire und verantwortungsvolle Preis- und Verbraucherpolitik der Energieunternehmen sicherzustellen.
7. Eine deutliche Erhöhung der Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation ist für das neue intelligente, umweltfreundliche Wachstum und unseren langfristigen Wohlstand von entscheidender Bedeutung. Gegenwärtig geben die USA für diesen Zweck anderthalbmal mehr aus als die gesamte EU zusammengenommen. Europa muss hier aufholen und die Führung übernehmen.
8. Wir schlagen einen Europäischen Zukunftspakt für Arbeit vor. Alle europäischen Programme sollten darauf untersucht werden, ob durch sie Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden können. Durch die EU finanzierte Investitionsprojekte sollten schnellstmöglich umgesetzt werden. Die Möglichkeiten des Europäischen Sozialfonds, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Arbeitnehmer weiterzubilden, sollten besser genutzt werden. In einer globalen Wirtschaft sind Investitionen in Bildung von grundlegender Bedeutung für Wachstum und die Schaffung besser bezahlter und qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Wir schlagen die Einführung eines aus Mitteln des laufenden EU-Haushaltes finanzierten Ausbildungsprogramms vor, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus ganz Europa auf zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Umweltbranche vorzubereiten, zum Beispiel im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir werden uns auch für einen umfassenden und gleichberechtigten Zugang zu lebenslangem Lernen einsetzen, wobei bezahlte Maßnahmen des „zweiten Bildungswegs“ und die Ausbildung von Menschen, die über keinen formellen Bildungsabschluss verfügen, im Mittelpunkt stehen werden. Das kann durch europäische, nationale und regionale Politik unterstützt werden. Wir schlagen vor, im Rahmen des aktuellen europäischen Haushaltes die Finanzierung für den Bildungs- und Schulungsaustausch zu verstärken, damit beispielsweise auch Lehrlinge und Senioren daran teilhaben können. Dabei soll auf dem Erfolg des ERASMUS-Programms aufgebaut und einer größtmöglichen Anzahl junger Menschen die Chance zu einem Studium im Ausland geboten werden. Mobilität sollte die Regel, nicht die Ausnahme sein. Alle jungen Europäer sollten von ihr profitieren können.
9. Der europäische Binnenmarkt sollte weiter ausgebaut und unnötige bürokratische Hürden abgeschafft werden, um mehr innereuropäischen Handel und mehr Beschäftigung zu schaffen. Umwelt- und Sozialstandards müssen dabei erhalten bleiben. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) bilden das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und schaffen die meisten Arbeitsplätze für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für KMUs sollten durch eine Satzung für europäische private Unternehmen verbessert werden, verbunden mit einem erleichterten Zugang zum Binnenmarkt und zu Finanz- und Innovationsmitteln. Das Darlehensvolumen und die Kapitaldecke der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sollten erhöht und die Gewährung von Krediten vereinfacht werden.
10. Neben der Sicherung der Preisstabilität muss die Europäische Zentralbank auch Wachstum und Beschäftigung fördern.

Von den Vorteilen der wirtschaftlichen Umgestaltung müssen Arbeitnehmer und Unternehmen profitieren:

11. Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, sich rechtzeitig auf Veränderungen einzustellen, die etwa durch den Klimawandel oder technologischen Fortschritt bedingt sind. Auf diese Weise können bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die durch den Strukturwandel ihren Arbeitsplatz verloren haben, wollen wir mit Umschulungsmaßnahmen weiterhelfen. Dies kann insbesondere durch den EU-Globalisierungsfonds erreicht werden. Wir werden ebenfalls den Dialog mit den Arbeitgebern Europas fördern, um sicherzustellen, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen, sich auf Veränderungen rechtzeitig einzustellen und ihre Arbeitskräfte umzuschulen.
12. Wir werden die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen, indem wir den Zugang von Unternehmen zu Krediten für Investitionen sicherstellen, zum Beispiel über die Europäische Investitionsbank. Wir werden auch die Entwicklung der sozialen Wirtschaft in Europa - in der gegenwärtig mehr als 5 Millionen Menschen zum Beispiel in Genossenschaften tätig sind - durch die Einführung eines europäischen Statuts für Verbände, Versicherungsgesellschaften und Stiftungen unterstützen.

Es ist eine neue europäische sozialdemokratische Reformagenda notwendig, um die Chancen der Globalisierung auf alle Bürgerinnen und Bürger auszuweiten und das Leben der Menschen positiv zu verändern.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

2. Ein Neues Soziales Europa: Mehr Gerechtigkeit für die Menschen

Unabhängig davon, wer wir sind oder wo wir geboren wurden, teilen die Menschen in Europa die gleichen Grundwerte bezüglich der Art von Gesellschaft, in der sie leben möchten: ein sichereres Europa mit hohem Lebensstandard, guter und dauerhafter Arbeit und einer sicheren und sauberen Umwelt.

Bestehende Ungleichheiten und neue globale Herausforderungen üben neuen Druck auf die Menschen aus und bringen das Risiko einer permanenten sozialen Teilung unserer Gesellschaften mit sich: zwischen Kindern aus armen und reichen Familien; zwischen Menschen mit sicheren, gut bezahlten Arbeitsplätzen und jenen, die in prekären, qualitativ schlechteren Arbeitsplätzen beschäftigt sind; zwischen wenig ausgebildeten und hochqualifizierten Menschen; zwischen jenen mit und jenen ohne Zugang zum Internet; zwischen Zuwanderern und gebürtigen Europäern; zwischen Frauen und Männern.

Wir können diese Ungleichheiten angehen, indem wir die europäische Kooperation auf die Verbesserung des Lebens der Menschen in Europa konzentrieren. Wir müssen eine bessere Politik fördern, um die schwächsten Menschen während der wirtschaftlichen Rezession und darüber hinaus zu schützen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern, insbesondere den Gewerkschaften, die wie wir den Mensch in den Mittelpunkt der europäischen Integration stellen, wollen wir ein neues soziales Europa bauen.

Wir glauben, dass Demokratie und Bürgerrechte in der Europäischen Union eine entscheidende Rolle spielen, um mehr Gerechtigkeit zu gewährleisten. Die Staatsbürgerschaft muss integrationsfördernd sein und als Teil der gemeinsamen Zukunft unseres Kontinents auf Rechten und Verantwortungen beruhen. Wir möchten, dass alle, die in Europa leben und arbeiten, an den Entscheidungen über ihre Zukunft teilhaben. Wir wollen künftige Generationen in die Lage versetzen, erfolgreich ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Und wir wollen politisches und gesellschaftliches Engagement weiter fördern. Wir schenken den Forderungen der Jugendlichen in Europa große Aufmerksamkeit, insbesondere der

Forderung ein soziales Europa aufzubauen, den interkulturellen Dialog zu fördern, den Klimawandel zu bekämpfen und die Rolle Europas in der Welt und bei der Gestaltung der Globalisierung zu stärken. Wir glauben an aktive demokratische Konsultation und Beteiligung, so wie wir es mit der öffentlichen Konsultation zu den Prioritäten dieses Manifests gezeigt haben.

Die EU beruht auf den Menschenrechten, Nichtdiskriminierung und der Achtung aller Menschen. Wir betrachten Vielfalt in ihren zahlreichen Erscheinungsformen – der Kultur, Sprache und Religion – als einen der größten Reichtümer Europas.

Das Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt hat auch zahlreiche Vorteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher gebracht. Wir werden uns weiterhin für die Stärkung der KonsumentInnenrechte in Europa einsetzen und an unsere Erfolge für eine erhöhte Qualität von Lebensmitteln und Spielzeug sowie bei der Kostensenkung für Reisen und Telefonate in Europa anknüpfen. Durch die Stärkung der Rechte und des Schutzes der Verbraucherinnen und Verbraucher können wir zum Aufbau eines sichereren und gerechteren Europas für unsere Bürgerinnen und Bürger beitragen.

Mehr Gerechtigkeit für die Menschen sichern:

13. Wir fordern, einen Europäischen Pakt für sozialen Fortschritt zu erarbeiten, in dem Ziele und Standards für die nationale Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik vorgeschlagen werden. Damit kann ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten sowie zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der EU geleistet werden. Für alle Menschen im Ruhestand, in Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit fordern wir in allen europäischen Ländern eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die ein Leben in Würde garantieren muss.
14. Wir fordern, eine soziale Fortschrittsklausel in alle europäischen Rechtsvorschriften aufzunehmen und eine soziale und ökologische Folgenabschätzung für alle EU-Rechtsakte durchzuführen. Die weitere Liberalisierung des Marktes muss überdacht werden. Wir schlagen vor, dass die EU eine gesellschaftliche Überprüfung ihrer Umwelt- und Energiepolitik vornimmt, um Maßnahmen dagegen zu entwickeln, dass die ärmsten Bevölkerungsschichten von dieser Politik am härtesten getroffen werden.
15. Wir schlagen vor, einen klaren europäischen Rechtsrahmen für öffentliche Dienstleistungen einzurichten, der den universellen und gleichberechtigten Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger, die hohe Qualität, lokale Autonomie und Transparenz bei öffentlichen Dienstleistungen garantiert und die Definitionshoheit der EU-Mitgliedstaaten wahrt. Europäische Wettbewerbs- und Unternehmensregeln dürfen den Bürgerrechten nicht entgegenwirken. Im europäischen Vergaberecht sollen die sozialen und ökologischen Kriterien erweitert und gestärkt werden.
16. Wir schlagen einen Europäischen Pakt für Löhne vor, der das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit zu garantieren hat und die Notwendigkeit angemessener Mindestlöhne – gesetzlich oder tarifvertraglich vereinbart – in allen EU-Mitgliedstaaten und für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch Migranten, anzuerkennen hat. Es ist ein soziales Recht, dass für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein fairer Wettbewerb mit gleichen Bedingungen gilt.
17. Wir werden die Probleme, die durch Abwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften und Facharbeitern innerhalb Europas oder in Drittstaaten entstehen, entschlossen angehen.
18. Wir werden in allen EU-Mitgliedstaaten für eine gerechte Steuerpolitik eintreten, mit der die Finanzierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten gewährleistet ist.
19. Wir werden uns dafür einsetzen, die Ausbeutung von Arbeitnehmern zu verhindern und das Recht auf Tarifverhandlungen zu stärken. In jüngster Zeit haben Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes zu Unsicherheiten über den Geltungsbereich von Arbeitnehmerrechten und Tarifverträgen geführt. Zusammen mit den Sozialpartnern werden wir die Auswirkungen der Urteile zu Viking, Laval und anderen Fällen prüfen, um sicherzustellen, dass durch sie keine Rechte ausgehöhlt werden. Eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie ist dabei

unerlässlich. Zur Unterstützung freier Tarifverhandlungen auf europäischer Ebene wollen wir einen europäischen Rahmen für grenzübergreifende Tarifverhandlungen und -verträge schaffen. Darüber hinaus werden wir uns für angemessene Arbeitszeiten einsetzen, die einheitliche Standards im Bereich Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit respektieren und eine angemessene Balance von Arbeit und Freizeit ermöglichen.

20. Wir fordern, die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken. Die europäische und multinationale Mitbestimmung von Arbeitnehmern bei Unternehmensentscheidungen ist ein Schlüsselfaktor für die Zukunft - sie ist eine grundlegende Voraussetzung für ein sozialeres Europa und bessere Arbeitsbedingungen. Wir werden uns für eine bessere Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen einsetzen. Dazu müssen Mitbestimmungsrechte in gesellschaftsrechtlichen Richtlinien der EU entlang des Modells der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) verankert werden und die Rechte der Europäischen Betriebsräte ausgebaut werden. Wir wollen auch den sozialen Dialog zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften auf europäischer Ebene stärken und auf weitere Sektoren ausweiten.
21. Wir schlagen vor, eine EU-Strategie für die Rechte von Kindern zu entwickeln, um zur Beseitigung von Kinderarmut beizutragen und den Zugang zu Bildung – einschließlich vorschulischer Betreuung – zu garantieren.
22. Wir schlagen die Einrichtung einer Europäischen Charta für Praktika vor, um Jugendlichen, die Arbeitserfahrungen sammeln wollen, bessere Rechte zu geben und ihnen einen guten Start ins Arbeitsleben zu ermöglichen.
23. Wir möchten die individuellen und kollektiven Verbraucherrechte stärken und sicherstellen, dass sie in der Europäischen Union richtig umgesetzt werden.
24. Vor dem Hintergrund unserer alternden Bevölkerung treten wir für gemeinsame EU-Ziele bei der Pflege älterer Menschen ein, die sich an den bestehenden Modellen im Bereich der Kinderbetreuung orientieren können. Ein hochwertiges Angebot an Pflegeeinrichtungen ist auch ein Beitrag zu mehr Beschäftigung und einer verbesserten Gleichstellung von Mann und Frau.

Schutz der bürgerlichen Rechte:

25. Wir werden sicherstellen, dass Demokratie, Transparenz und Verantwortlichkeit die Eckpfeiler jeder Reform der europäischen Institutionen sind. Die Transparenz europäischer Politik wollen wir zum Beispiel dadurch stärken, dass alle Lobbyisten und Lobbyverbände sich, ihre Kunden und Tätigkeitsbereiche registrieren müssen, einschließlich aller Kontakte zu gewählten Vertretern sowie zu Beamten und anderen Amtsträgern.
26. Wir wollen sicherstellen, dass die EU-Gesetzgebung die Bürgerrechte einbezieht, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union festgehalten sind. Wir werden die gesetzlichen Anti-Diskriminierungsbestimmungen ausbauen, um eine gleichberechtigte Behandlung unabhängig von Geschlecht, Rasse, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung sicherzustellen.
27. Wir möchten allen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern eine diskriminierungsfreie Gleichbehandlung garantieren, wenn sie innerhalb der Union den Wohnort wechseln, indem wir auf eine grenzüberschreitende Anerkennung der Rechte hinarbeiten, die Bürgerinnen und Bürgern von einem EU-Staat gewährt wurden, etwa in Bezug auf Eheschließungen, Lebenspartnerschaften oder elterliche Rechte.
28. Wir wollen eine stärkere Rolle der Regionen und Kommunen in Europa, die ihrer gewachsenen Bedeutung bei der Umsetzung europäischer Politik gerecht wird. Wir wollen auch dafür sorgen, dass Fragen europäischer Politik noch stärker auf lokaler und regionaler Ebene diskutiert werden. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas ist ein großer Reichtum und Kern unserer Identität. Wir wollen sie daher anerkennen und pflegen.

3. Vorreiterrolle Europas im globalen Kampf gegen den Klimawandel

Wir müssen zum Wohle zukünftiger Generationen jetzt gegen den Klimawandel vorgehen. Wenn wir jetzt handeln, wird dies Europa in die Lage versetzen, eine weltweite Führungsrolle bei der Entwicklung neuer, effizienter, grüner Technologien einzunehmen und es wird das Risiko zukünftiger Wohlstandseinbußen als Folge des Klimawandels verringern. Wenn wir dagegen nicht handeln, bringen wir das Leben auf der Erde in Gefahr. Europa muss deshalb seine Abhängigkeit von Erdöl und Kohle überwinden und eine Vorreiterrolle bei der Erreichung einer neuen globalen Klimavereinbarung für den auf den Kyoto-Vertrag folgenden Zeitraum nach 2012 übernehmen.

Wir wollen, dass Europa erfolgreich die internationalen Verhandlungen über eine globale Klimavereinbarung anführt:

29. Die EU sollte bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen die Vorreiterrolle übernehmen, um auf dem UN-Klimagipfel Ende 2009 eine Vereinbarung über Emissionskürzungen um 30% bis 2020 als globales Ziel zu erreichen. Wir werden darauf hinarbeiten, dass sich alle Industrie- und Schwellenländer, einschließlich der USA, China und Indien, uns anschließen. Wir treten für einen globalen auf Solidarität beruhenden Ansatz ein, bei dem die Industrieländer mit gutem Beispiel vorangehen.
30. Wir schlagen vor, die EU-Unterstützung für Entwicklungsländer zur Bekämpfung und zur Anpassung an den Klimawandel zu erhöhen. Die EU sollte einen massiven Technologietransfer sicherstellen, um dafür zu sorgen, dass diese Länder Armut bekämpfen und sich wirtschaftlich entwickeln können, ohne dabei die Erderwärmung zu verschlimmern. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass die EU-Politik nicht zu höheren Emissionen in Drittländern führt. Dazu gilt es wirksam zu verhindern, dass Industrien mit hohem Energie- und Rohstoffverbrauch in Regionen Länder der Dritten Welt ausgelagert werden, in denen Klimaschutzstandards niedriger sind.
31. In Fortführung der von Europas sozialdemokratischen Regierungen unternommenen Initiativen sollte die EU die Führung bei der Einrichtung eines globalen Energie- und Entwicklungsforums übernehmen, bei dem alle Länder der Welt zusammengebracht werden, um eine langfristige Vision für die Energieversorgung und die nachhaltige Entwicklung des Planeten zu definieren.

Wir gehen mit gutem Beispiel voran – eine anspruchsvollere Klima- und Energiepolitik für die EU:

32. Wir schlagen die Einführung einer umfassenden EU-Klimaschutzrichtlinie vor, die gewährleistet, dass die Ziele und Maßnahmen in den noch nicht durch die bestehenden Regelungen berührten Bereichen – Energie, Landwirtschaft, Nahrungsmittel, Gebäudewirtschaft und Verkehr – zusammengeführt werden, damit die Union ihre Emissionsziele erreichen kann. Alle anderen Rechtsvorschriften zum Klima sollten ebenfalls so angepasst werden, dass das Ziel der Emissionssenkung um 30 % erfüllt werden kann. In jedem Sektor besteht Handlungsbedarf, wenn wir die Emissionen auf effektive Weise senken wollen.
33. Wir schlagen vor, eine nachhaltige Gemeinsame Europäische Energiepolitik zu entwickeln, die Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung, eine Diversifizierung der Energieträger und – im Falle von Energiekrisen – Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten gewährleistet. Zum Beispiel sollte die EU den Anteil erneuerbarer Energien erhöhen, indem sie Hochspannungsleitungsnetze für den Transport von Offshore-Windenergie aus Nordwesteuropa sowie von Solarenergie aus Südeuropa und Nordafrika aufbaut.
34. Wir wollen eine zeitgemäße gemeinschaftliche Landwirtschaft, die eine umfassende Entwicklung des ländlichen Raums ermöglicht. Dabei gilt es die fundamentale Rolle der Landwirte und der Landwirtschaft für Umweltschutz, für Nahrungsmittelqualität und Versorgungssicherheit, Landschafts- und Pflanzenschutz sowie eine artgerechte Haltung von Tieren aufzuwerten. Biokraftstoffe können einen Beitrag zur Verringerung verkehrsbedingter Emissionen leisten, jedoch sollte dies nicht zu Lasten der europäischen und

globalen Lebensmittelproduktion, des Umweltschutzes oder der biologischen Vielfalt gehen. Die Biokraftstoff-Richtlinie der EU sollte auf diesen Grundsatz hin überprüft werden.

35. Jeder Mitgliedstaat entscheidet selbst, ob er Nuklearenergie nutzt. Angesichts der Bedeutung der nuklearen Sicherheit für alle europäischen Länder sollte die Überwachung bestehender und neuer Kernkraftanlagen auf europäischer Ebene koordiniert werden.

Eine neue europäische sozialdemokratische Reformagenda ist dringend notwendig, um im globalen Kampf gegen den Klimawandel mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

4. Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Europa

In den zurückliegenden Jahren wurden bedeutende Fortschritte in Richtung einer echten Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht. Dies ist zum großen Teil den Bemühungen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Partnerschaft mit fortschrittlichen Frauenorganisationen zu verdanken.

Es bestehen jedoch nach wie vor Ungleichheiten: Frauen verdienen im Durchschnitt für die gleiche Arbeit immer noch 15% weniger als Männer. Es besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit, der Mangel an guten Stellenangeboten hält Frauen von Bewerbungen ab oder drängt sie in geringer bezahlte, qualitativ schlechtere Berufe oder in die Halbtagsarbeit.

Millionen Frauen in der Welt sind noch immer von Ausbeutung und einer Verletzung ihrer Rechte betroffen, in Form von Menschenhandel, häuslicher Gewalt oder anderen Formen des Missbrauchs.

Ein halbes Jahrhundert, nachdem sie das aktive und passive Wahlrecht in Europa erlangt haben, gibt es noch immer zu wenige Frauen in der Politik.

In einigen Teilen Europas haben Väter kaum Rechte auf Elternurlaub bei der Geburt ihrer Kinder. Frauen müssen sich oft entscheiden, ob sie Kinder haben oder ihre Karrierewünsche verfolgen wollen. Für arbeitende Familien ist es oft schwierig, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Wir können das ändern: Die europäischen Länder, die am meisten getan haben, um die Rechte und Chancen von Frauen zu erhöhen, verzeichnen jetzt den höchsten Frauenanteil an der werktätigen Bevölkerung und die höchsten Geburtenraten. Wir haben uns in lokalpolitischer, regionaler oder nationaler Verantwortung unermüdlich für den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten in Europa eingesetzt.

Wir werden weiterhin Geschlechterklischees bekämpfen und wir glauben, dass die Stärkung der Rechte und Chancen der Frauen allen Bürgern Europas bedeutende wirtschaftliche, soziale und demokratische Vorteile bringt.

Gleichstellung von Frauen und Männern für alle realisieren:

36. Wir treten für eine Europäische Charta der Frauenrechte ein, um die Rechte und Chancen der Frauen in Europa zu verbessern und Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenlebens zu fördern.
37. Wir schlagen die Einführung verbesserter elterlicher Urlaubsrechte für Männer und Frauen überall in Europa vor und wollen eine Annäherung an die höchsten Standards in Europa erreichen.
38. Wir werden uns für eine gleichberechtigte politische Vertretung von Frauen und Männern in allen entscheidungstragenden Institutionen der EU einsetzen. Insbesondere treten wir für eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament ein.

Zudem wollen wir, dass es zukünftig einen Europäischen Gleichstellungsbeauftragten gibt.

39. Wir wollen Eltern verstärkt darin unterstützen, Familie und Beruf zu vereinbaren. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir, dass die EU-Mitgliedstaaten die bereits vereinbarten EU-Ziele umsetzen - die Bereitstellung von Einrichtungen der Kinderbetreuung für 33% der Kinder im Alter von 0-3 Jahren und für 90% der Kinder von 3 Jahren bis zum Schulalter. Darüber hinaus sprechen wir uns für ergänzende qualitative EU-Ziele für die Kinderbetreuung aus.
40. Mit aller Kraft kämpfen wir dafür, dass die bestehende Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen in Europa geschlossen wird. Dies kann entscheidend zu verbesserten Lebensstandards, der Bekämpfung von Armut und zu erhöhtem wirtschaftlichem Wachstum beitragen.
41. Wir werden Unternehmerinnen, Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen unterstützen und zur Wahrnehmung ihrer Chancen anspornen.
42. Wir werden die geschlechtsspezifische Medizin und das Recht der Frau auf ihren Körper in der gesamten EU sichern und fördern.
43. Wir machen uns dafür stark, die europäischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung durch eine engere Zusammenarbeit von Justiz und Polizei zu verstärken.
44. Wir wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten in ihren Bemühungen unterstützen, häusliche und geschlechterspezifische Gewalt zu verhindern, einschließlich der Gewalt gegen Frauen ethnischer Minderheiten. Hierfür sind geeignete Programme und Fonds der EU zu nutzen.

Wir brauchen eine neue europäische sozialdemokratische Reform-Agenda, um unsere Arbeit für Gleichstellung zwischen den Geschlechtern fortzusetzen und mit neuen Initiativen voranzugehen.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft aufbauen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

5. Eine wirksame europäische Migrationspolitik

Migration ist eine der entscheidenden Herausforderungen, vor denen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union stehen. Europas Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich dafür, diese Aufgabe auf der Grundlage unserer Werte der Gerechtigkeit, Demokratie, der Menschenrechte und der Solidarität zu lösen.

Zu den wichtigsten Herausforderungen gehören der Kampf gegen illegale Zuwanderung und Menschenhandel, die Sicherung einer gerechten Asylpolitik für jene, die vor Verfolgung fliehen, die Durchsetzung einer gerechten und verantwortungsbewussten legalen Zuwanderung - auf der Grundlage des europäischen Bedarfs an Arbeitskräften und der Rechte der Zuwanderer - sowie die Erleichterung der Integration der Zuwanderer in ihr neues Umfeld mit gleichen Rechten und Pflichten.

Wir verstehen, dass Zuwanderung bei einigen Menschen Sorgen hervorruft. Dies ist auch der Grund, weshalb wir Reformen wollen. Die Antwort auf die Herausforderungen der Zuwanderung ist nicht in Ghettobildung oder Ausländerfeindlichkeit zu finden. Stattdessen brauchen wir wirkliche Reformen, um Integration sicherzustellen, illegale Zuwanderung, illegale Beschäftigung und Menschenhandel effektiv zu bekämpfen und auch um bessere Lebensbedingungen in den ärmeren Ländern außerhalb Europas zu schaffen. Dazu gehört zu verhindern, dass in ärmeren Ländern durch Abwanderung ein Fachkräftemangel entsteht.

Wirksame Bewältigung der Migration:

45. Wir schlagen vor, gemeinsame Normen für die legale Zuwanderung in die Europäische Union zu entwickeln, die auf Solidarität und Lastenausgleich

beruhen. Dabei gilt es zugleich, die Kompetenz der Mitgliedsländer in diesem Bereich vollständig zu wahren.

46. Wir schlagen vor, eine Europäische Charta für die Integration von Zuwanderern zu vereinbaren, die auf gleichen Rechten und Pflichten sowie auf gegenseitigem Respekt beruht und mit den Regelungen der Einwanderungspolitik abgestimmt sein sollte. Wir wollen eine Integrationspolitik, die in einem fortlaufenden Prozess die staatsbürgerliche Integration und Repräsentation verbessert sowie Rechte und Pflichten für alle Bürgerinnen und Bürger festlegt. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Integration von Frauen, Jugendlichen und der europäischen Roma gewidmet werden. Wir schlagen deshalb vor, Maßnahmen auf der geeigneten (lokalen, regionalen, nationalen oder europäischen) Ebene zu fördern, wie beispielsweise sprachliche und kulturelle Bildungsmaßnahmen, die eine vollständige Integration der Zuwanderer in ihr neues Umfeld erleichtern.
47. Wir schlagen vor, die europäischen Bemühungen zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung zu verstärken, durch eine gemeinsame europäische Grenzschutzpolitik, eine verbesserte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel und krimineller Netze sowie durch Partnerschaftsabkommen mit Drittländern, einschließlich Wiederaufnahmeverfahren.
48. Wir engagieren uns für die Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittländern (einschließlich Wiederaufnahmeverfahren), um die Migration wirksamer zu bewältigen und gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in diesen Ländern voranzubringen. Wir schlagen vor, bestehende Mechanismen zu vertiefen und neue zu schaffen, um den Folgen für die Entwicklungsländer entgegenzuwirken, die durch eine Abwanderung von Fachkräften aus Schlüsselktoren entstehen.
49. Wir unterstützen die Vertiefung einer Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik, beruhend auf gerechten Asylregeln und -standards für die Flüchtlinge, auf internationalen Menschenrechtsbestimmungen und einer fairen Lastenteilung unter den EU-Mitgliedstaaten.

Die europäische Zusammenarbeit ist für eine effektive Migrationspolitik unerlässlich. Dies kann nur mit einer starken sozialdemokratischen Mehrheit in Europa erreicht werden.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

6. Eine stärkere Rolle Europas als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung

Die EU soll Vorreiter bei der Förderung von Frieden und einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung weltweit sein und damit die zentralen Eckpfeiler menschlicher Sicherheit stützen. Die Bürgerinnen und Bürger sind in der heutigen unsicheren Welt noch immer Bedrohungen ausgesetzt. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen enger zusammenarbeiten, um die Sicherheit unserer Länder und Menschen zu gewährleisten. Wir glauben, dass Europa eine stärkere gemeinsame Stimme in der Welt braucht, um eine bessere Zukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger und den Planeten zu gestalten. Wir müssen gemeinsam auf Frieden und Partnerschaft hinwirken und in Solidarität mit den Menschen überall in der Welt die Armut bekämpfen.

Europa ist bereits ein aktiver globaler Akteur. Aber wir müssen unseren Einfluss erhöhen, indem wir unsere Standpunkte miteinander abstimmen und möglichst mit einer Stimme sprechen. Dafür ist es wichtig, die Rolle des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Wenn uns dies nicht gelingt, werden die EU und ihre Mitgliedsstaaten immer mehr an Bedeutung in der internationalen Politik verlieren. Die Institutionen globalen Regierens haben sich in ihrer heutigen Form als wenig geeignet erwiesen, um die neuen Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Deshalb müssen wir auf Basis eines kooperativen und multilateralen Ansatzes den Anstoß zu neuen Formen des globalen Regierens geben und hierbei zusammen mit der neuen demokratischen Regierung in den USA vorangehen.

Die EU muss ihre Bemühungen zur Konfliktlösung, Friedenserhaltung und ihr humanitäres Engagement in Krisenzonen ausweiten und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln, um Länder nach Bürgerkriegen oder Umweltkatastrophen zu unterstützen. Wir müssen die tiefer liegenden Ursachen für Konflikte und Terrorismus in der Welt beseitigen. Entwicklungspolitik für arme Entwicklungsländer muss gezielt, innovativ und unter Einbeziehung der Menschen vor Ort erfolgen. Sie sollte insbesondere die wichtige Rolle der Frauen als Motor für die Entwicklung in diesen Ländern unterstützen, zum Beispiel durch einen verbesserten Zugang zu Mikrokrediten.

Förderung von Frieden und Sicherheit:

50. Wir schlagen vor, dass sich die EU verstärkt für die Prävention und Beilegung von Konflikten im Ausland sowie im Bereich der langfristigen Friedenssicherung engagiert. Hierzu müssen die gemeinsamen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten ausgebaut werden. Und es muss eine effektive Lastenteilung bei Friedensmissionen in Krisengebieten organisiert werden. Die Friedensmissionen sind dabei stets im Rahmen der Vereinten Nationen durchzuführen.
51. Wir schlagen vor, die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung von Drogenhandel, Kriminalität und Terrorismus zu verbessern. Der Kampf gegen den Terrorismus muss ein zentraler Schwerpunkt sein und noch weiter als gemeinsames Ziel der EU gestärkt werden. Er ist allerdings innerhalb rechtstaatlicher Grundsätze zu führen und darf keine Beschneidung von Grundrechten mit sich bringen. Wir werden weiterhin eine gemeinsame europäische Politik in diesem Bereich vorantreiben, einschließlich der vollständigen Umsetzung der europäischen Strategie gegen Terrorismus sowie der Unterstützung des EU-Sonderbeauftragten.
52. Wir schlagen vor, in der EU kohärente Instrumente zur Verhütung von Katastrophen zu entwickeln.
53. Wir wollen, dass sich Europa noch nachdrücklicher für internationale Abrüstung einsetzt. Dazu gehört die Stärkung internationaler Abkommen zur Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung. Zudem gilt es den Verhaltenskodex der EU bei Rüstungsexporten restriktiver und transparenter zu gestalten. Wir wollen eine Welt ohne Kernwaffen.
54. Wir schlagen vor, dass die EU im Rahmen der Vereinten Nationen aktiv für ein Bündnis der Kulturen wirbt. Wir wollen den Dialog und die Partnerschaft zwischen Menschen und Kulturen fördern und auf diese Weise zu Frieden und erhöhter Sicherheit in der Welt beitragen.
55. Wir schlagen vor, dass die europäischen Mitgliedsstaaten stärker auf dem Gebiet der Verteidigung kooperieren, ohne dass sich dies auf die spezifische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik einzelner Mitgliedsstaaten nachteilig auswirkt. Die neue europäische Verteidigungsinitiative sollte in Abstimmung mit der NATO entwickelt werden.
56. Wir unterstützen die Reform der Vereinten Nationen, insbesondere des UNO-Sicherheitsrates. Auch treten wir dafür ein, dass der Entscheidungsprozess, das Mandat und die Funktionsweise der Welthandelsorganisation sowie der Weltbank, der regionalen Banken und des Internationalen Währungsfonds überarbeitet werden. Die Stimmanteile im IWF sollten so geändert werden, dass die Interessen der Entwicklungsländer – und hier besonders die Interessen der ärmsten unter ihnen – besser vertreten werden.
57. Wir werden bei den Vereinten Nationen ein Moratorium bei der Anwendung der Todesstrafe unterstützen.

Förderung partnerschaftlicher Beziehungen:

58. Wir sind überzeugt, dass die Zukunft des westlichen Balkans in der EU liegt und durch Stabilität Wohlstand und Sicherheit in der Region erhöht werden können. Wir begrüßen Beitrittsgespräche mit Kroatien und unterstützen die Aufnahme von EU-Mitgliedsverhandlungen mit allen anderen Ländern des westlichen Balkans nach Erfüllung aller hierfür erforderlichen Kriterien. Wir sind der Meinung, dass die EU die Grundrechte aller Menschen respektieren und den multikulturellen und

multireligiösen Charakter der Gesellschaften in Europa unterstützen sollte. Wir unterstützen ergebnisoffene Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei auf der Grundlage klarer Kriterien und erwarten sowohl von der Türkei als auch von der EU die Erfüllung ihrer jeweiligen Verpflichtungen.

59. Stabilität in den Nachbarländern der EU ist von gleicher Bedeutung wie die Erweiterung der EU. Wir wollen die Nachbarschaftspartnerschaften der EU stärken. Wir schlagen die Schaffung einer Schwarzmeer-Union und eine Ost-Partnerschaft zur Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn vor. Die EU muss außerdem einen strukturierten Dialog mit Russland führen. Fragen der Demokratie, Menschenrechte und der Energiesicherheit sowie die Spielräume für eine engere Zusammenarbeit, einschließlich einer neuen Ostsee-Regionalinitiative, müssen dabei wichtige Themenschwerpunkte sein.
60. Wir wollen die Beziehungen der EU mit den Mittelmeeranrainern weiterhin unterstützen und stärken. Die Union für das Mittelmeer ist dabei ein zentrales Instrument und wichtiger Rahmen, um Demokratie, Menschenrechte und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Region zu fördern. Zudem wollen wir, dass die EU eine aktive Rolle bei der Lösung des Nahostkonflikts spielt, mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina. Dabei kann an die bisherigen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft angeknüpft werden.
61. Wir befürworten, dass die EU ihre Beziehungen zu Südamerika weiterentwickelt, um eine echte und tiefgehende Partnerschaft in allen relevanten Politikfeldern aufzubauen. Insbesondere wollen wir auch den regionalen Integrationsprozess in Südamerika weiter unterstützen.
62. Wir setzen weiterhin auf eine starke transatlantische Partnerschaft mit der neuen, demokratisch geführten Regierung in den USA.
63. Wir sind der Meinung, dass die Beziehungen der EU zu China vertieft werden sollten. Neben einem Ausbau der Handelsbeziehungen gilt es zugleich für die Geltung der Menschenrechte und eine Stärkung von Sozial- und Umweltstandards zu werben.
64. Auch die Beziehungen zu Indien als einem aufstrebenden globalen Akteur wollen wir intensivieren. Gegenseitiger Respekt und ein offener Dialog haben hierfür das Fundament zu sein.
65. Wir schlagen vor, die Afrika-EU-Strategie voll umzusetzen und zu festigen. Ziel ist es, die Beziehungen zwischen der EU und dem afrikanischen Kontinent zu stärken, gemeinsame Herausforderungen in Angriff zu nehmen, den Abschluss von Wirtschafts- und Partnerschaftsabkommen erfolgreich voranzutreiben und die langfristige Entwicklung Afrikas zu unterstützen.

Beseitigung der Armut:

66. Die Legislaturperiode des neugewählten Europäischen Parlaments 2009-2014 fällt zeitlich zusammen mit dem verbleibenden Zeitrahmen zur Erreichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen bis 2015. Bislang wurden Fortschritte vor allem in den wachstumsstarken Regionen Asiens, insbesondere in China, verzeichnet, wohingegen Afrika nach wie vor unter den negativen Auswirkungen extremer Armut leidet. Steigende Preise für Lebensmittel und Energie untergraben außerdem den an vielen Stellen erreichten Fortschritt. Wir werden in der neuen Legislaturperiode alle Anstrengungen unternehmen, um die Millenniumsziele bis 2015 zu erreichen. Neue innovative, stärker koordinierte, wirksamere und gezieltere Finanzierungsquellen sind zusätzlich zu den bereits eingegangenen europäischen Hilfezusagen – vor allem der Zusage 0,7% des BIP in Mittel für die Entwicklungshilfe zu investieren – erforderlich. Wir unterstützen eine dezentrale Kooperation in der europäischen Entwicklungspolitik: Dabei gilt es auch den Beitrag zu nutzen, den die lokale politische Ebene in Europa hierzu beisteuern kann. Wir unterstützen die Einrichtung eines europäischen humanitären Freiwilligenkorps.
67. Die EU muss das multilaterale Handelssystem stärken, gerade auch zum Vorteil der Entwicklungsländer in der Doha-Entwicklungsrunde. Dabei gilt es auch, verbesserte Sozial- und Umweltstandards zu garantieren und sicherzustellen,

- dass die Vorteile des freien Handels und offener Märkte gerecht in den Entwicklungsländern verteilt werden.
68. Wir schlagen vor, gegen die globale Ernährungskrise vorzugehen, indem wir fortgesetzte Spekulation auf Lebensmittelpreise verhindern. Durch eine neue Generation von Hilfsmaßnahmen und neue Konzepte in der Agrarproduktion wollen wir für mehr Sicherheit bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln sorgen.
 69. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Freihandelsverträge der EU angemessene und wirksame Klauseln zum Schutz von Menschenrechten, Umweltstandards und sozialen Rechten enthalten und dass alle Handelsabkommen mit Entwicklungsländern – darunter die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – als Instrumente zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den Partnerländern und –regionen dienen.
 70. Wir werden uns für die Verbreitung von Gütern aus fairem Welthandel in ganz Europa einsetzen. Maßnahmen des fairen Handels zu fördern und stärker im Bewusstsein der Menschen zu verankern ist ein wichtiger Schritt, um nachhaltige Entwicklung zu stärken, anständige Gehälter für die Menschen in den Entwicklungsländern zu sichern und auf diese Weise die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen weltweit zu verbessern.
 71. Gute Arbeit muss ein globales Ziel werden, auf das alle Staaten gemeinsam mit internationalen Institutionen und Organisationen hinarbeiten. Dieses neue globale Programm sollte zentrale Sozial- und Arbeitsstandards fördern, wie zum Beispiel gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, eine soziale Absicherung und den sozialen Dialog.

Wir brauchen eine neue europäische sozialdemokratische Reform-Agenda, um die Rolle der EU als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung zu stärken – im Interesse unserer eigenen Zukunft und Sicherheit ebenso wie aus Solidarität mit anderen Ländern und Völkern in dieser Welt.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.

Jede Stimme bei den Europawahlen im Juni 2009 zählt

Bei diesen Europawahlen zählt die Stimme jedes einzelnen Bürgers. Männer und Frauen in ganz Europa stehen vor der Wahl zwischen einer sozialdemokratischen Europäischen Union, in der die Mitgliedstaaten zur Lösung der Herausforderungen im Interesse aller Menschen in Europa zusammenarbeiten, oder einer konservativen Europäischen Union, die die Zukunft unserer Länder und die Menschen dem Markt überlässt.

Um aber unsere weit reichenden, progressiven Reformen auf den Weg zu bringen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellen und eine wichtige Voraussetzung für die Sicherung des zukünftigen Wohlstands der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie der Gesellschaft insgesamt sind, brauchen wir eine starke sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament. Wir, die sozialistischen, sozialdemokratischen, demokratisch-progressiven Parteien und Arbeiterparteien setzen uns dafür ein, diese Mehrheit zu erreichen, um unser Manifest für die Menschen und unsere sechs Reformprioritäten für ein sozialdemokratisches Europa zu verwirklichen:

- 1. Die Wirtschaft neu beleben und zukünftige Finanzkrisen verhindern**
- 2. Ein Neues Soziales Europa: Mehr Gerechtigkeit für die Menschen**
- 3. Eine Vorreiterrolle Europas im globalen Kampf gegen den Klimawandel**
- 4. Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Europa**
- 5. Eine wirksamere europäische Migrationspolitik**
- 6. Eine stärkere Rolle Europas als Partner für Frieden, Sicherheit und Entwicklung.**

Wir haben mit den Menschen einen offenen Dialog über unsere Prioritäten in der Europäischen Union geführt. Nun wollen wir das, was wir gehört haben, auf der Grundlage dieses Manifestes in praktische Politik für die Menschen umsetzen. Gemeinsam stellen wir die Kraft des Wandels dar. Wir können einen Unterschied machen.

Wir können eine gerechtere Gesellschaft erreichen, wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Wir wollen Europa im Juni 2009 eine neue Richtung geben.